

Alternativen zum Sparen in der Krise – für eine nachfrageschonende Konsolidierungspolitik

Kai Eicker-Wolf
Achim Truger

Die Haushaltskonsolidierung mittels drastischer Sparpolitik auf der Ausgabenseite wird auf absehbare Zeit die deutsche Finanzpolitik dominieren. Eine solche Politik wird von der Bundesregierung und der Mehrheit der offiziellen ökonomischen Politikberatung unter Hinweis auf die Last der hohen Staatsverschuldung als notwendig und ohne Alternative dargestellt. Steckt Deutschland wirklich in der Schuldenfalle? Welche Argumente sprechen tatsächlich für eine Konsolidierung? Gibt es Möglichkeiten der Konsolidierung, ohne die Wirtschaft in die Rezession zu stürzen? Der vorliegende Beitrag zeigt, dass Deutschland zwar nicht in der Schuldenfalle steckt, aber doch einiges für eine Konsolidierung spricht. Im Gegensatz zu den Plänen der Bundesregierung und den Forderungen der offiziellen ökonomischen Politikberatung wird für eine Konsolidierung im Rahmen einer mittelfristigen, möglichst nachfrageschonenden Strategie plädiert.

1 Einleitung

Seit dem Amtsantritt von Bundesfinanzminister *Eichel* im Frühjahr 1999 und der Verkündung seines „Zukunftsprogramms“ in Form eines drastischen Sparpaketes (Bartsch et al. 1999, S. 817 ff.) stehen die Haushaltskonsolidierung und der Abbau des Schuldenstandes durch Ausgabenkürzungen und -beschränkungen ganz oben auf der Prioritätenliste der rot-grünen Bundesregierung.¹ Nach ersten Konsolidierungserfolgen in den Jahren 1999 und 2000 ist die Bundesregierung jedoch mittlerweile aufgrund konjunkturbedingt steigender Ausgaben und sinkender Einnahmen weit von ihrer Zielsetzung entfernt: Die gesamtstaatliche Defizitquote (Haushaltsdefizit in % des BIP) ist 2001 im Vergleich zum Vorjahr von 1,4 % auf 2,8 % gestiegen, um schließlich 2002 mit 3,6 % den Referenzwert von 3 % des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP), der alle an der Europäischen Währungsunion beteiligten Länder mittelfristig zu einem ausgeglichenen oder sogar positiven Budgetsaldo verpflichtet,² deutlich zu verfehlen (Institute 2003). Auch im laufenden Jahr wird allgemein mit einer erneuten Überschreitung gerechnet. Der ECOFIN-Rat hat bereits ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gegen die Bundesrepublik eingeleitet.

Die Bundesregierung hat mittlerweile das ursprünglich gesetzte Konsolidierungsziel eines ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts bis 2004 angesichts der Kon-

junkturkrise aufgegeben und neben ausgabenseitigen zusätzlich auch einnahmenseitige Maßnahmen erwogen und zum Teil – bei den Sozialversicherungsbeiträgen und der Ökosteuern – auch schon umgesetzt. Trotzdem steht weder das möglichst baldige Erreichen von Haushaltsausgleich oder sogar -überschüssen als solches noch die überwiegende Realisierung dieses Ziels über Ausgabenkürzungen zur Debatte. Vielmehr hat *Gerhard Schröder* in seiner Regierungserklärung betont, dass er die Haushaltskonsolidierung kurz- wie langfristig fortsetzen will und in diesem Zusammenhang auch „manche Ansprüche, Regelungen und Zuwendungen des deutschen Wohlfahrtsstaates zur Disposition zu stellen“ seien.³ Die nunmehr im Mittelpunkt der Diskussion stehende „Agenda 2010“ ist die jüngste Folge dieser Ankündigung.

Angesichts der anhaltenden öffentlichen Diskussion über den prozyklischen fiskalpolitischen Kurs der Bundesregierung, den Stabilitäts- und Wachstumspakt und dessen wachstums- und beschäftigungspolitisch kontraproduktive Auswirkungen sollen im vorliegenden Beitrag zum einen die üblicherweise zur Rechtfertigung einer strikten Konsolidierung im Allgemeinen und für Deutschland im Besonderen herangeführten Argumente überprüft werden. Hierzu werden vor allem die zentralen Argumente des Bundesfinanzministeriums (BMF) herangezogen. Zum anderen soll der Frage nach alternativen, nachfrageschonenden mittelfristigen Wegen der Haushaltskonsolidierung nachgegangen werden.

2 Zur Sinnhaftigkeit von Konsolidierungsforderungen

Die Forderung nach einem Abbau des staatlichen Defizits und nach einer Rückführung der Staatsverschuldung wird vom

1 Eine Bilanz der rot-grünen Wirtschafts- und Sozialpolitik für den Zeitraum 1998–2002 ist zu finden in *Eicker-Wolf* u.a. (2002).

2 Zu Genese und Ausgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vgl. z.B. *Sutter* (2000, S. 22 ff.)

3 Die Regierungserklärung ist in Auszügen in der *Frankfurter Rundschau* vom 30. Oktober 2002 dokumentiert worden.

Kai Eicker-Wolf, Dipl. Pol., Dipl. Volksw., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Marxistische und Postkeynesianische Ökonomik, Internationale Wirtschaftsbeziehungen

e-mail: eickerwo@mail.uni-marburg.de

Achim Truger, Dr., Leiter des Referats Steuer- und Finanzpolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: Achim-Truger@boeckler.de

Für wertvolle Anregungen und Kritik danken wir Eckhard Hein, Torsten Niechoj und Barbara Schnieders. Für alle verbleibenden Fehler und Unklarheiten sind selbstverständlich wir allein verantwortlich.

BMF mit drei Argumenten gerechtfertigt (BMF 2000, S. 11 f.): dem Crowding-out-Argument, dem Generationen-Argument und dem Zinslast-Argument. Während das erste Argument sich gegen eine Defizitfinanzierung öffentlicher Ausgaben wendet, werden die anderen beiden vor allem herangezogen, um die Reduzierung des öffentlichen Schuldenstandes zu begründen.

2.1 VERHINDERUNG VON CROWDING OUT

Das Crowding-out-Argument wendet sich gegen eine kreditfinanzierte antizyklische Ausgabenpolitik und fußt auf der neoklassischen Theorie.⁴ Es unterstellt die zumindest partielle Unwirksamkeit einer defizitfinanzierten staatlichen Fiskalpolitik, da der Staat als zusätzlicher Kreditnachfrager für einen steigenden Zinssatz Sorge, damit potenzielle private Kreditnachfrage verdränge und so die private Investitionstätigkeit schwäche. Gegen die Vorstellung eines Zins-Crowding-out durch staatliches Deficit Spending lassen sich – aus keynesianischer Perspektive – jedoch die folgenden Gegenargumente formulieren:⁵

– Tritt die staatliche Kreditnachfrage im Zuge eines Konjunkturabschwungs an die Stelle der wegfallenden Kreditnachfrage privater Investoren, ist gar nicht mit Zinssatzsteigerungen zu rechnen.

– Für das Zinsniveau ist wesentlich die Geldpolitik der Zentralbank verantwortlich. Letztere kann durch eine entsprechend expansive Politik dafür sorgen, dass das Zinsniveau trotz der erhöhten staatlichen Nachfrage nach Krediten nicht steigt. In einer Phase konjunkturbedingter Unterauslastung der Kapazitäten mit geringer Inflationsgefahr ist ein entsprechendes Handeln der Notenbank auch zu erwarten.

– Aufgrund der Labilität der Investitionskonjunktur kann eine auf die mittelfristige Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgerichtete Verschuldungspolitik – selbst bei steigenden Zinsen – die private Investitionstätigkeit verstetigen. Die privaten Investitionen werden bei Erfolg einer solchen Strategie nicht verdrängt, sondern durch die Nachfrageeffekte dieser wirtschaftspolitischen Maßnahme erst geschaffen. Bei unterausgelasteten Produktionskapazitäten kommt es nicht zum Crowding out, sondern zum Crowding in, also zur Mobilisierung zusätzlicher Investitionen der Privatwirtschaft (Hickel/Priewe 1989, S. 216).

– Das Crowding-out-Argument erfasst bestimmte gesamtwirtschaftliche Rückkoppelungseffekte nicht, die bei kreditfinanzierten Ausgaben des Staates auftreten und von der Verdrängungshypothese ausgeblendet werden. So stellt *Stützel* dem Bild einer Quelle, das dem Kapitalangebot als exogen vorgegebene starre Größe entspricht, das Bild einer Fontäne gegenüber: Indem der Staat durch seine Ausgaben Produktionsfaktoren mobilisiert und Einkommen schafft, wird auch das Kapitalangebot vergrößert, da ein Teil der neu entstandenen Einkommen – nämlich der zur Bildung von Ersparnissen verwendete Teil – dem Kapitalmarkt als Anlage suchende Mittel zufließt (*Stützel* 1978).

Die voranstehend genannten Argumente zeigen, dass das Crowding-out-Argument wenig schlüssig ist, wenn es um die Bewertung einer expansiven Fiskalpolitik in der Krise geht und wenn die aufgenommenen Schulden in konjunkturell günstigen Zeiten im Rahmen eines überzyklischen Budgetausgleichs wieder getilgt werden. Schließlich dürfte auch ein permanentes Defizit unschädlich sein, solange damit öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Bildung finanziert werden, da solche staatlichen Ausgaben aufgrund ihrer Wachstumsrelevanz längerfristig einen hohen Selbstfinanzierungseffekt aufweisen (golden rule). Selbst wenn ein Teil der privaten Investitionsnachfrage verdrängt würde, ist dies nicht negativ zu bewerten, denn an ihre Stelle treten produktive öffentliche Investitionen, die eine höhere Relevanz für das Wirtschaftswachstum aufweisen können als private Investitionen.

2.2 HERSTELLUNG VON GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Das Argument der Generationengerechtigkeit unterstellt, dass heutige Generationen durch schuldenfinanzierte Leistungen auf Kosten zukünftiger Generationen leben: Während die gegenwärtige Generation in den Genuss der staatlichen Leistungen komme, müsse die später anfallende Zahllast in Form von Steuern für Zins und Tilgung von nachfolgenden Generationen aufgebracht werden. Diese Ansicht knüpft an einen alten finanzwissenschaftlichen Streit, der sogenannten Lastverschiebungskontroverse, an (*Gandenberger* 1981, S. 28 ff.).

Die referierte Interpretation der staatlichen Verschuldung stellt zunächst einmal eine unzulässige Analogie zur privatwirtschaftlichen Verschuldung dar, denn im Falle der Staatsverschuldung werden – sieht man von Auslandsverschuldung ab – von einer Generation zur anderen nicht nur Zahlungsverpflichtungen, sondern auch die entsprechenden Vermögenstitel weitergegeben. Defizitfinanzierte Staatsausgaben legen zwar bestimmte Zahlungsströme für die Zukunft fest – ein Teil der Steuereinnahmen des Staates fließt an dessen Gläubigerinnen und Gläubiger –, es findet aber keine einseitige „Vererbung“ von zu bedienenden Schulden statt.⁶ Aber selbst wenn nur der Staat in seiner Position als Schuldner betrachtet wird, muss berücksichtigt werden, dass dieser – falls er mittels Staatsverschuldung öffentliche Investitionen tätigt – auch Vermögenswerte, etwa öffentliches Infrastrukturkapital, besitzt, die ebenfalls „vererbt“ werden und der reinen Zahllast gegengerechnet werden müssen.

Nach dem so genannten Wachstumsansatz könnte sich eine Belastung zukünftiger Generationen allerdings ergeben, falls die Staatsverschuldung zu geringeren Investitionen und damit zu einem geringeren Kapitalstock und einem schwachen Sozialproduktwachstum in der Zukunft führt. Dieses Argument setzt allerdings wieder ein Crowding out privater Investitionen voraus, es kann also, wie in Abschnitt 2.1 erläutert, nicht als überzeugendes Argument gegen schuldfinanzierte Staatsausgaben in der Konjunkturkrise herangezogen werden. Ganz im Gegenteil wirkt ein Verzicht auf fiskalpolitisches Handeln krisenverschärfend und trägt damit gerade zu einem geringeren Wach-

⁴ Vgl. etwa *Felderer/Homburg* (2003, S. 161 ff.). Auch die Europäische Zentralbank stützt sich auf das Crowding-out-Argument, um eine aus ihrer Sicht „gesunde“ Finanzpolitik anzumahnen (EZB 2001, S. 20).

⁵ Neben dem Zins-Crowding-out werden in der Literatur noch weitere Crowding-out-Theoreme diskutiert. Eine ausführlichere Darstellung und Kritik verschiedener Crowding-out-Argumente findet sich in *Kromphardt* (1998, S. 241 ff.) und *Heine/Herr* (1999, S. 518 ff.).

⁶ Die durch die Verschuldung für die Zukunft festgelegten Zahlungsströme können allerdings zu einer Einkommensumverteilung innerhalb der zukünftigen Generationen von unten nach oben führen. Siehe hierzu Abschnitt 2.4.

tumstrend und einer Belastung zukünftiger Generationen bei.

2.3 HERSTELLUNG VON NACHHALTIGKEIT / SENKUNG DER ZINSLASTQUOTE

Langfristig problematisch kann Staatsverschuldung dann werden, wenn sie zu einer ständig steigenden Schuldenstandsquote (Schuldenstand als Anteil am BIP) führt. Bei steigender Schuldenstandsquote nimmt – bei gegebenem Zinssatz – auch die Zinslastquote, d.h. der Teil des BIP, der vom Staat für Zinszahlungen aufzuwenden ist, zu. Hierdurch wird der Ausgabenspielraum für andere Haushaltsposten immer mehr eingeschränkt. Das bedeutet, dass in der Zukunft entweder nicht mehr der gewohnte BIP-Anteil an staatlichen Leistungen (Investitionen, Staatskonsum, Transfers) bereitgestellt werden kann oder die Steuerquote steigen muss. Zwar ist dies an sich – entsprechende gesellschaftliche Präferenzen vorausgesetzt – noch nicht problematisch. Allerdings kann man solche Präferenzen erstens nicht ohne weiteres voraussetzen, da die in der Zukunft betroffenen Individuen möglicherweise noch gar nicht geboren sind oder zumindest noch kein Wahlrecht besitzen. Zweitens besteht bei immer weiter dramatisch steigendem Schuldenstand langfristig die Gefahr eines Staatsbankrotts.

Aus einer pragmatischen Sicht spricht daher konkret einiges dafür, die gegenwärtig erreichten und bereits recht hohen Schuldenstandsquoten der meisten Industrieländer (Abschnitt 3) nicht weiter zu erhöhen, sondern zu stabilisieren. Wenn Letzteres gewährleistet ist, spricht man von nachhaltiger oder tragbarer Staatsverschuldung.⁷ Eine Senkung der Schuldenstandsquoten unter das gegenwärtige Niveau lässt sich dagegen nicht unmittelbar aus der Nachhaltigkeitsbetrachtung ableiten. Hierzu bedürfte es zusätzlicher Annahmen über ökonomische Wirkungen oder gesellschaftliche Präferenzen.

Für die Zu- oder Abnahme der Staatsschuldenquote und damit für die längerfristige Tragbarkeit der öffentlichen Verschuldung ist entscheidend, wie sich die Defizitquote des Staates und das Wirtschaftswachstum entwickeln. Das Defizit lässt sich unterteilen in den Teil, der für die Zinszahlungen und den Teil, der nicht für Zinszahlungen verwendet wird; Letzterer wird als *primäres Budgetdefizit* bezeichnet.⁸

Ob die Schuldenquote einer Volkswirtschaft steigt oder fällt, lässt sich dann näherungsweise durch die folgende Formel erfassen:⁹

$$(1) \Delta g = g(i - \gamma) + d_p$$

- g = Schuldenquote der öffentlichen Haushalte
 Δg = Veränderung der Schuldenquote der öffentlichen Haushalte
 i = langfristiger Nominalzins
 γ = Wachstumsrate des nominalen BIP
 d_p = primäres Budgetdefizit als Anteil am BIP

Sie besagt, dass die Zu- oder Abnahme des Schuldenstandes von zwei Faktoren abhängig ist: Von den auf die bestehende Schuld zu zahlenden Zinsen ($g(i - \gamma)$) und dem primären Budgetdefizit. Die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte steigt demnach auf jeden Fall an, wenn die nominale Wachstumsrate des BIP kleiner als der Nominalzins ist ($i - \gamma > 0$) und wenn ein primäres Budgetdefizit ($d_p > 0$) besteht. Ein Anstieg der Schuldenstandsquote lässt sich bei positiver Zins-Wachstums-Differenz nur vermeiden, wenn das primäre Budgetdefizit negativ ist und mindestens so hoch wie $(i - \gamma)$ ausfällt, d.h. wenn ein entsprechender Primärüberschuss besteht. Bei ständig steigendem Schuldenstand und damit auch steigender Zinslast muss also ein immer größerer Primärüberschuss (= negatives Budgetdefizit) zur Stabilisierung der Schuldenstandsquote erzielt werden. Dieses geht aber gerade zu Lasten der staatlichen Primärausgaben, d.h. also der vom Staat bereitgestellten Güter.

2.4 VERBESSERUNG DER VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Abschließend sei noch ein zusätzliches Argument benannt, das möglicherweise für den Abbau der Staatsverschuldung spricht, jedoch in der öffentlichen Debatte und der Argumentation der Bundesregierung eher eine untergeordnete Rolle spielt. Es handelt sich hierbei um die Verteilungswirkung der Staatsverschuldung.

Diejenigen, die zur Gruppe der Staatsgläubigerinnen und -gläubiger gehören, werden vor allem aus den höheren Einkommens- und Vermögensklassen kommen, da diese die höchsten Sparquoten aufweisen und damit in der Lage sind, dem

Staat Geld zu leihen. Da die Zinszahlungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen bedient werden, führt Staatsverschuldung ceteris paribus zu einer Umverteilung von unten nach oben.¹⁰ Da die überdurchschnittlichen Einkommen eine vergleichsweise niedrige Konsumquote aufweisen, werden die Konsumnachfrage und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch eine steigende Staatsverschuldung geschwächt, was wiederum geringere Produktion und Beschäftigung nach sich ziehen wird. Ein Abbau des öffentlichen Schuldenstands könnte dann umgekehrt zu höherem Wachstum und höherer Beschäftigung führen.

Allerdings gibt es zu der zuletzt vorge-tragenen Argumentationskette auch eine Reihe von Gegenargumenten (Priewe 2002, S. 85 f.). Zunächst ist nicht klar, ob die Gläubiger des Staates nicht auch ohne die Staatstitel ähnlich hohe alternative Zins-einkommen beziehen würden (Gandenberg 1981, S. 38 ff.). Selbst wenn man dies verneint, hängen die Verteilungswirkungen der Staatsverschuldung von weiteren Faktoren ab. So ist z.B. die Verteilungswirkung der zusätzlichen und über Schulden finanzierten Staatsausgaben relevant. Außerdem könnte ein Anstieg der Staatsausgaben in einem bestimmten Bereich statt durch staatliche Kreditaufnahme durch Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen – etwa im Bereich der Sozialleistungen – finanziert werden, was dann ebenfalls negative

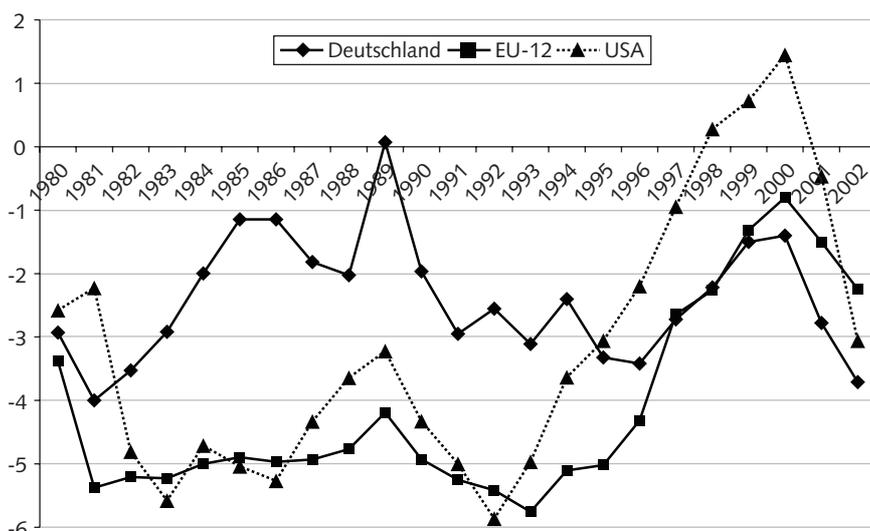
⁷ Vgl. hierzu ausführlich Beirat (2001). Im vorliegenden Beitrag wird allerdings gegenüber den dort auch diskutierten Konzepten ein deutlich engeres Nachhaltigkeitskonzept verwendet, indem nur ein einfacher einperiodiger Indikator für die Nachhaltigkeit betrachtet und nur die tatsächliche Staatsschuld, nicht aber implizite Formen der Staatsverschuldung wie etwa Renten- oder Pensionsverpflichtungen betrachtet werden. Damit begrenzt man zwar die Analyse, vermeidet allerdings auch viele methodische Probleme, die ein weiterer Nachhaltigkeitsbegriff mit sich bringt. Vgl. auch dazu Beirat (2001).

⁸ Das primäre Budgetdefizit ist also der Teil des gesamten Budgetdefizits, der nicht für Zinszahlungen verwendet werden muss, d.h. es gilt: primäres Budgetdefizit = Haushaltsdefizit – Zinszahlungen.

⁹ Zur Ableitung der Formel vgl. Heine/Herr (1999, S. 522 ff.) oder Blanchard (2003, S. 550 ff.).

¹⁰ Lediglich dann, wenn parallel zur zusätzlichen Staatsverschuldung die Zinseinnahmen höher und die anderen zu versteuernden Einkommen entsprechend niedriger besteuert würden, würde dieser Umverteilungseffekt ausbleiben.

Abb. 1: Gesamtstaatlicher Budgetsaldo^{1), 2)} in % des BIP in Deutschland, der EU-12 und den USA (1980-2002)



¹⁾ Ein negativer Budgetsaldo bedeutet ein Haushaltsdefizit, ein positiver einen Haushaltsüberschuss.
²⁾ Werte 2000 für Deutschland und EU-12 korrigiert um Einnahmen aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

Quelle: OECD (2002); EU-Kommission (2001); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

Verteilungswirkungen haben kann. Insgesamt ist die Umverteilungsthese durch Staatsverschuldung also durchaus mit einigen Fragezeichen zu versehen. Falls man auf ihrer Grundlage dennoch für Haushaltskonsolidierung plädiert, kommt es ganz offensichtlich darauf an, dass die hierfür notwendigen Kürzungen oder Steuererhöhungen nicht von den Einkommenschwächeren getragen werden, um deren Verteilungsposition nicht zu verschlechtern und die Konsumnachfrage der privaten Haushalte in möglichst geringem Umfang zu schwächen.

2.5 ZWISCHENFAZIT

Insgesamt lässt sich auf Basis der theoretischen Argumente und Positionen zwar durchaus eine Defizitreduktion, eine Stabilisierung und eventuell sogar Senkung der staatlichen Schuldenstandsquote vertreten. Allerdings hängt die Begründbarkeit solcher Konsolidierungsversuche für alle diskutierten Argumente von konkreten empirischen Konstellationen ab: Beim Crowding out und bei der Generationengerechtigkeit ist z.B. nach der konjunkturellen Situation und der Art der defizitfinanzierten Staatsausgaben zu fragen. Bei Finanzierung öffentlicher Investitionen und konjunkturell bedingter Unterauslastung macht Konsolidierung offenbar wenig Sinn. Für das Nachhaltigkeitsargument

kommt es auf die Zins-Wachstums-Differenzen und die Höhe des Schuldenstandes an, beim Verteilungsgerechtigkeitsargument auf die konkrete Steuerlastverteilung und die Verteilungseffekte der Haushaltskonsolidierung. All dies muss im Einzelfall analysiert werden und wird bei der Betrachtung der deutschen Fiskalpolitik in den nächsten Abschnitten eine Rolle spielen.

3

Deutschland in der Schuldenfalle?

Ist die deutsche Verschuldungssituation tatsächlich so dramatisch, wie häufig behauptet, so dass ein sofortiges Umsteuern notwendig ist? Ein Blick auf die Entwicklung von Defizitquote (Abbildung 1), Brutto-Schuldenstandsquote¹¹ und Brutto-Zinslastquote (Abbildung 2) im zeitlichen und internationalen Vergleich (EU-12, USA) nährt Zweifel. Zwar hat Deutschland bezüglich des Haushaltsdefizits seinen seit Beginn der 1980er Jahre bestehenden deutlichen Konsolidierungsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt der EU-12 Länder und den USA seit Mitte der 1990er Jahre eingebüßt und weist seit 1999 die höchste Defizitquote auf. Jedoch sind die Abstände 2002 nicht mehr groß, und die deutschen

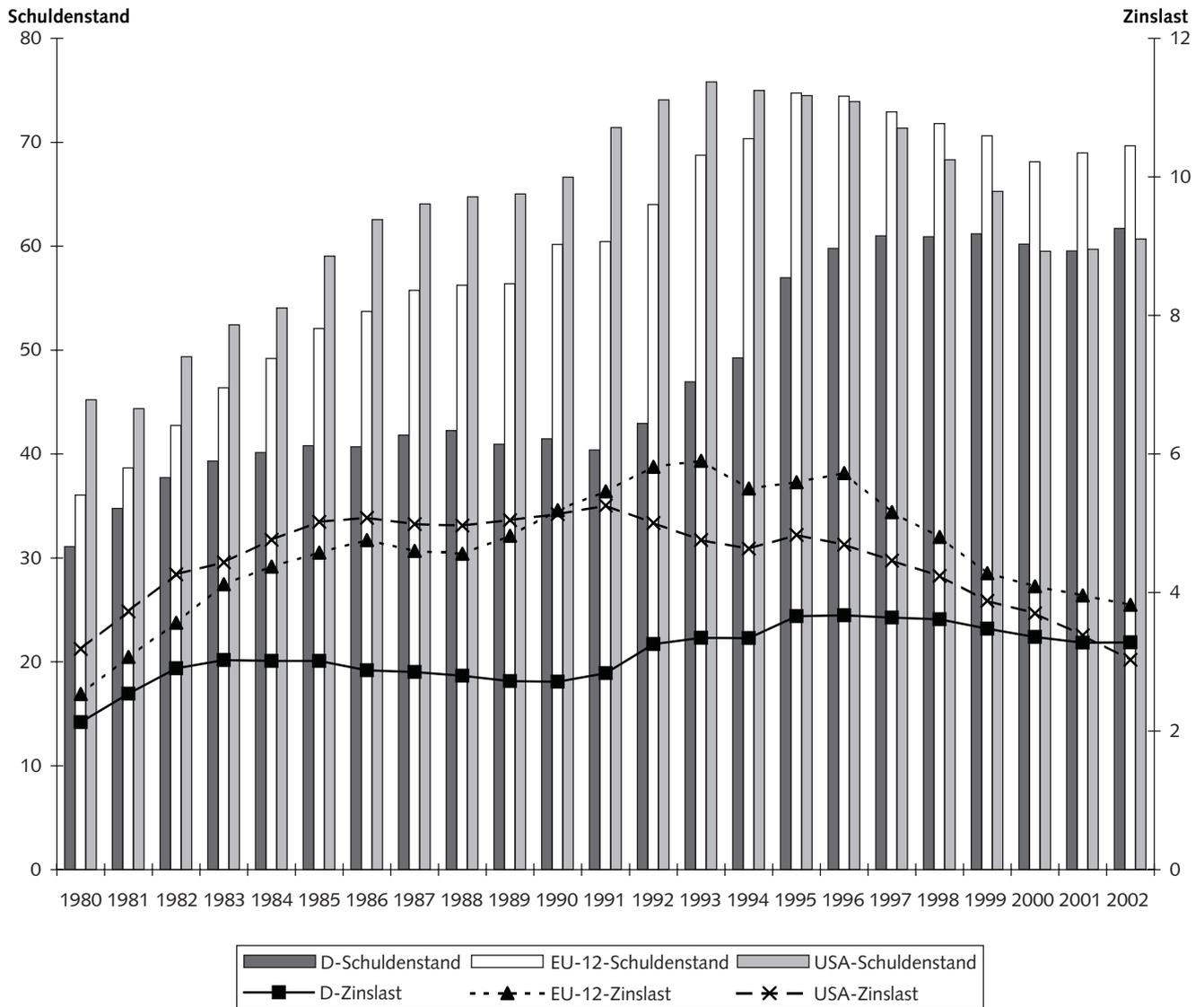
Werte sind noch weit von den Höchstständen der USA und des EU-12 Durchschnitts zwischen 5 % und 6 % in den 1980er und 1990er Jahren entfernt. Bezüglich des Schuldenstandes und der Zinslastquote hatte Deutschland zwar seit der Deutschen Einheit einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen, liegt aber immer noch unterhalb des EU-12-Durchschnitts und nur knapp über den USA.

Dieses recht positive Bild wird etwas relativiert, wenn man die Nachhaltigkeitsaussichten der deutschen Finanzpolitik in dem in Abschnitt 2.3 erläuterten Sinne untersucht. Zwar war die Politik gemessen an Schuldenstands- und Zinslastquote seit Mitte der 1990er Jahre offenbar nachhaltig, da eine Stabilisierung beider Größen zu verzeichnen war. Unter Zugrundelegung der Konstellation für das Jahr 2002 erhält man jedoch eine Nachhaltigkeitslücke: Wenn man die entsprechenden Werte für die Bundesrepublik (OECD 2002) in die im Abschnitt 2.3 entwickelte Formel einsetzt, steht eine Zins-Wachstums-Differenz von 2,8, was einer zur Schuldenstandsstabilisierung notwendigen Primärüberschussquote von 1,7 % entspricht, einer tatsächlichen konjunkturbereinigten Primärüberschussquote von 0,5 % gegenüber. Es ergibt sich mithin eine Konsolidierungslücke von 1,2 Prozentpunkten des BIP.

Zwar kann man aus einem solchen Wert für ein einzelnes Jahr noch nicht viel ableiten, da die Werte von Jahr zu Jahr stark schwanken. Auch wiesen die USA im selben Jahr eine Konsolidierungslücke von 0,5 Prozentpunkten und im Rezessionsjahr 1991 sogar eine von 2,9 Prozentpunkten auf. Allerdings bleibt die Lücke in Deutschland im Gegensatz zu den USA bestehen, wenn man die durchschnittliche Zins-Wachstums-Differenz der letzten 10 Jahre von etwa 2,7 ansetzt. Geht man für die Zukunft wieder von einem deutlichen Anstieg des nominalen Wachstumstrends aus, kann die Konsolidierungslücke schon bald automatisch wieder schrumpfen oder ganz ver-

¹¹ Eigentlich wäre die Netto-Schuldenstandsquote aussagekräftiger. Da sich die Maastricht-Kriterien auf den Brutto-Schuldenstand beziehen, wird in der Öffentlichkeit jedoch zumeist die Brutto-schuldenstandsquote betrachtet und diskutiert. Daher wird im Folgenden auch die Brutto- und nicht die Netto-Zinslast-Quote herangezogen.

Abb. 2: Brutto-Schuldenstand (Säulen) und Brutto-Zinslast (Linien) in % des BIP in Deutschland, EU-12 und den USA (1980-2002)



Quelle: OECD (2002); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

schwinden. Wenn man dagegen den extrem schwachen Durchschnitt der nominalen Wachstumsrate von etwa 3,2 % in den letzten zehn Jahren fortschreibt, bleibt eine Konsolidierungslücke von etwa 1 % des BIP bestehen.

Zur Beseitigung dieser Konsolidierungslücke und auch zur Senkung des Schuldenstandes wäre allerdings im Gegensatz zur Planung der Bundesregierung und zur Vorschrift des Stabilitäts- und Wachstumspaktes keineswegs ein ausgeglichener Haushalt oder ein Budgetüberschuss notwendig. Zieht man von der gegenwärtig zur Schuldenstandsstabilisierung notwendigen Primärüberschussquote von 1,7 % die Zinslastquote von 3,3 % ab,

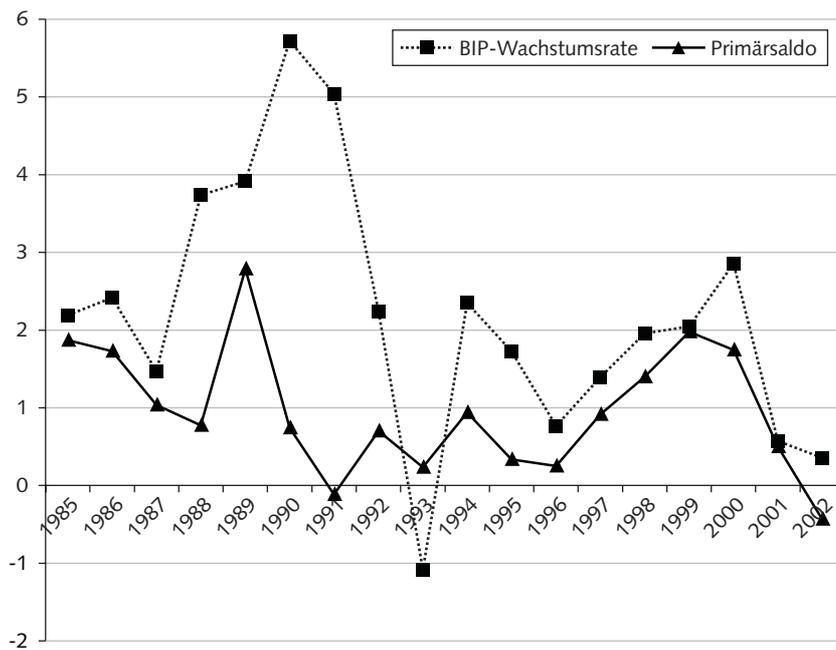
erhält man die zur Schuldenstandsstabilisierung notwendige Defizitquote. Sie liegt bei 1,6 % und nicht bei 0 % oder kleiner.

4 Konsolidieren: Wann und wie?

Wenn man sich aufgrund der vorstehenden Überlegungen für eine Haushaltskonsolidierung entscheidet, ist es von zentraler Bedeutung, dabei die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen zu berücksichtigen. Die staatlichen Ausgaben sind ein wichtiges Aggregat der gesamtwirtschaftlichen Nach-

frage. Kürzungen der staatlichen Ausgaben schwächen ceteris paribus die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auch Wachstum und Beschäftigung. Ähnliches gilt – allerdings in schwächerem Maße – für Steuererhöhungen (Abschnitt 5.2). Konsolidierungsversuche bergen daher immer die Gefahr, eine Volkswirtschaft in die Rezession zu führen oder eine bestehende Krise zu verschärfen. Kommt es dazu, wird es nicht nur zu einem (weiteren) Wachstumseinbruch und Beschäftigungsrückgang kommen, sondern ist auch das angestrebte Ziel der Haushaltskonsolidierung gefährdet, denn mit dem geringeren Wachstum gehen automatisch geringere Steuereinnahmen und höhere Sozialtrans-

Abb. 3: Primärsaldo^{1),2)} in % des BIP und Wachstumsrate des realen BIP in Deutschland in % (1985-2002)



1) Ein negativer Primärsaldo bedeutet ein Primärdefizit, ein positiver einen Primärüberschuss.
2) Wert für 2000 korrigiert um Einnahmen aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

Quelle: OECD (2002); EU-Kommission (2001); SVR (1997); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böcker Stiftung

fers (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw.) einher, wodurch der ursprünglich geplante Defizitrückgang teilweise kompensiert oder – im Falle des „Schuldenparadoxons“ (Oberhauser 1985) sogar überkompensiert wird.¹² So können Sparanstrengungen zum Teil oder sogar ganz erfolglos verpuffen. Aus diesem Grunde sollte eine Haushaltskonsolidierung also grundsätzlich nur in Phasen hohen Wirtschaftswachstums und steigender Kapazitätsauslastung mit starker und stabiler privater Nachfrage erfolgen. In Phasen schwachen Wachstums ist sie dagegen zu meiden, vielmehr sollten kreditfinanzierte Ausgaben zur Konjunkturstabilisierung eingesetzt werden, die sich, wie das Konzept der Budgetmultiplikatoren (Scherf 1985) verdeutlicht, zumindest zum Teil selbst finanzieren.

Die vorstehenden Überlegungen werden gelegentlich wegen angeblicher „nicht-keynesianischer Erwartungseffekte“ in Frage gestellt (Blanchard 2003, Kap. 17). Es wird argumentiert, dass bei Vorliegen entsprechender Erwartungen eine Haushaltskonsolidierung nicht mit negativen Wachstums- und Beschäftigungseffekten einhergehen müsse, sondern im Gegenteil sogar positive Effekte in Form von antizipierten, langfristigen positiven Outputwirkungen

aufreten könnten, die mögliche negative keynesianische Effekte (über-)kompensieren würden (Blanchard 2003, S. 364 ff.). Im Extremfall bräuhete man sich also bei Dominanz nichtkeynesianischer Effekte über die kurzfristigen Effekte der Konsolidierung gar keine Sorgen zu machen, da die Wirtschaft über die Erwartungen sofort in die „lange“ Frist versetzt würde.¹³ Solche Erwartungseffekte werden zum Teil tatsächlich als Erklärung für das Ausbleiben negativer Effekte der Haushaltskonsolidierung in einzelnen Ländern angeführt. Allerdings ist die Relevanz der nichtkeynesianischen Wirkungen umstritten. So lässt sich anhand konkreter Beispiele häufig zeigen, dass andere makroökonomische Faktoren (expansive Geldpolitik, Abwertung der eigenen Währung) eine bedeutende Rolle gespielt haben (Blanchard 2003, S. 367 f.; Marterbauer/Walterskirchen 1999). Empirische Untersuchungen für Deutschland und die USA geben bislang zudem keinen Anlass, die „kurzfristigen“ keynesianischen Effekte der Finanzpolitik in Frage zu stellen (Leibfritz et al. 2001). Gerade ein Vergleich der Konsolidierungsstrategien und der ökonomischen Entwicklung in den beiden zuletzt genannten Ländern seit Beginn der 1990er Jahre spricht für die

kreislauftheoretische Sicht der (post-)keynesianischen Theorie.

Während in Deutschland der Konsolidierungskurs prozyklisch und ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Lage verfolgt wurde, wurde in den USA hingegen erst in der Phase starken Wachstums ab 1993 – d.h. antizyklisch stabilisierend und nachfrageschonend – konsolidiert (Abbildungen 3 und 4).¹⁴

In der Bundesrepublik (Abbildung 3) heizte die Fiskalpolitik nach der deutschen Einheit 1990 und 1991 einen Boom an; die Primärsaldoquote sank innerhalb von nur zwei Jahren von 3 % auf knapp unter null; die Wachstumsraten stiegen auf über 5 %. Während des geldpolitisch herbeigeführten Abschwungs 1992 und der Rezession 1993 wurde trotz massiv einbrechender Wachstumsraten wieder ein Primärüberschuss erzielt und die Primärüberschussquote 1993 nur marginal reduziert; ein Paradebeispiel prozyklischer krisenverschärfender Politik. Trotz labiler Konjunktur und nur mäßiger Wachstumsraten von durchschnittlich unter 2 % wurde der Konsolidierungskurs schließlich bis 1999 fortgesetzt, 2000 und 2001 wurde er aufgrund der Steuerreformen dann deutlich gelockert.

Ganz anders dagegen in den USA (Abbildung 4): Dort reagierte die Primärsaldoquote auf den massiven Wachstumseinbruch 1989 bis 1991 antizyklisch mit einer Verminderung der Primärüberschüsse, um

12 Soll durch die Konsolidierung eine bestimmte Defizitquote erreicht werden, führen die aufgezeigten Rückkoppelungen nicht nur dazu, dass das Defizit nicht oder nicht im angestrebten Ausmaß sinkt, sondern auch das BIP aufgrund der geschwächten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abnimmt; Letzteres führt gleichfalls zu einer höheren Defizitquote.

13 Genau diese Auffassung wird vom Kieler Institut für Weltwirtschaft vertreten, vgl. etwa Boss/Scheide (2002). Mittlerweile wird sie sogar von der Mehrheit der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten deutschen Forschungsinstitute für Deutschland geteilt (Institute 2002, S. 748 ff.), obwohl sie teilweise eigenen empirischen Ergebnissen widerspricht.

14 Es soll hier natürlich nicht behauptet werden, die Fiskalpolitik sei allein für die unterschiedliche makroökonomische Performance verantwortlich. Hierzu bedarf es vielmehr einer Gesamtbetrachtung der Interaktion von Lohn-, Geld- und Fiskalpolitik. Siehe hierzu grundsätzlicher Hein/Truger (2002), sowie zur konkreten Erklärung der unterschiedlichen makroökonomischen Performance in USA, EU und Deutschland Hein/Mülhaupt/Truger (2001; 2002), Truger/Hein (2002) und die dort zitierte Literatur.

dann im Jahr 1992, als die Wirtschaft schon wieder mit 3 % real wuchs, noch einen starken Impuls durch ein Primärdefizit zu geben. Danach wurde – ebenfalls antizyklisch – die Phase langen und starken Wachstums mit Raten zwischen 3 und 4 % genutzt, um den Primärsaldo bis 2000 schrittweise auf über 5 % zu steigern.¹⁵

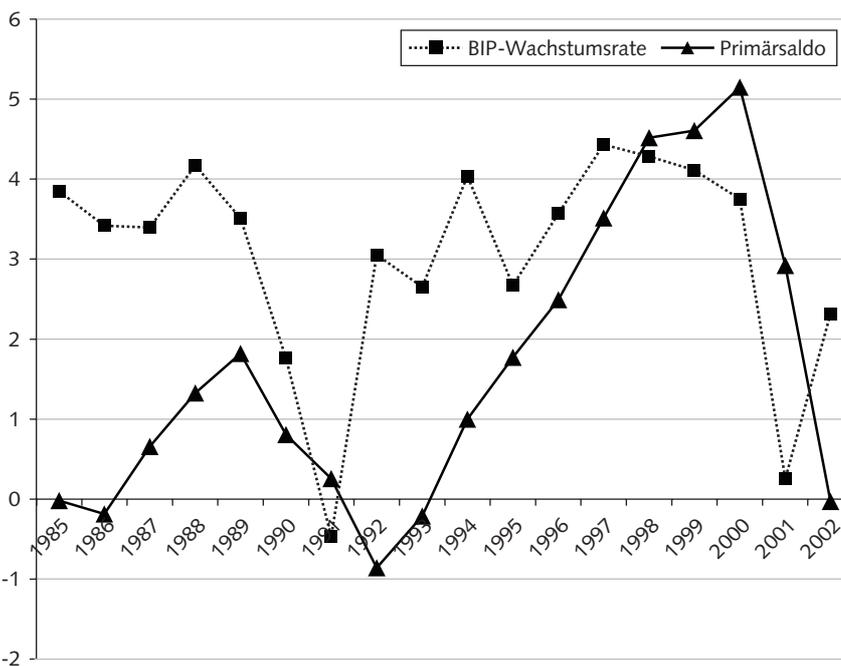
Möglich wurde dies in den USA dadurch, dass es gelang, das Wachstum der konjunkturunabhängigen öffentlichen Ausgaben im Aufschwung zu begrenzen (Horn/Scheremet 1999; Priewe 2001). Dadurch ergab sich die Konsolidierung ganz automatisch aufgrund wachstumsbedingt überproportional steigender Steuereinnahmen (Tabelle 1).

Aufgrund der besseren US-Konsolidierungs-Strategie war es dort – trotz Begrenzung der Ausgabenzuwächse und viel erfolgreicherer Konsolidierung – möglich, über den Zeitraum von 1991 bis 2000¹⁶ die realen Staatsausgaben mit deutlich höheren Wachstumsraten wachsen zu lassen als in Deutschland (Tabelle 1) und dadurch wiederum expansivere Wirkungen zu erzielen. Demnach hatten die USA beim Staatskonsum mit 1,7 % und trotz des Booms sogar bei den Sozialtransfers mit 3,8 % höhere Zuwächse als Deutschland mit nur 1,2 % respektive 3,3 %. Nur als katastrophal ist die deutsche Bilanz bei den öffentlichen Investitionen mit einer jährlichen Abnahme von 1,8 % gegenüber einer Zunahme von 2,8 % in den USA zu bezeichnen. Im Jahr 2002 war die reale öffentliche Investitionsquote in Deutschland bei 1,9 % des BIP angekommen, in den USA betrug sie 3,5%.

5 Alternative Konsolidierungsstrategien für Deutschland

Als Konsequenz aus den präsentierten Ergebnissen sollte der bisher eingeschlagene Konsolidierungskurs überdacht und geändert werden, da er die offensichtlichen Fehler der 1990er Jahre zu wiederholen droht, mit negativen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung – und die Haushaltskonsolidierung selbst. Im Folgenden werden kurz zwei alternative, nachfrageschonende Konsolidierungsstrategien skizziert, die sich gegenseitig jedoch nicht ausschließen und durchaus

Abb. 4: Primärsaldo¹⁾ in % des BIP und Wachstumsrate des realen BIP in den USA in % (1985-2002)



¹⁾Ein negativer Primärsaldo bedeutet ein Primärdefizit, ein positiver einen Primärüberschuss.

Quelle: OECD (2002); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten wichtiger realer Staatsausgaben- und Einnahmenkomponenten in % für Deutschland und die USA (1991–2000)

	D	USA
Öffentliche Investitionen ¹⁾	-1,8	2,8
Laufende Ausgaben, ²⁾	2,0	2,1
Davon: Staatskonsum ²⁾	1,2	1,7
Sozialtransfers ²⁾	3,3	3,8
Laufende Einnahmen ²⁾	2,1	4,4
Gesamtveränderung der realen öffentlichen Investitionsquote ¹⁾ in Prozentpunkten (1991–2000)	-0,7	-0,2

¹⁾ deflationiert mit dem Deflator der öffentlichen Investitionen

²⁾ deflationiert mit dem Deflator des privaten Konsums

Quelle: OECD (2002); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

auch in Kombination zum Einsatz kommen könnten.

5.1 ALTERNATIVE 1: EIN AUSGABENPFAD FÜR DIE KONJUNKTURUNABHÄNGIGEN STAATSAUSGABEN

Die erste Strategie versucht, die erfolgreiche US-amerikanische Strategie der 1990er Jahre zu kopieren und ist – in Abwandlung des Minderheitsvotums zur Finanzpolitik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) im letzten Herbstgutachten der Gemeinschaftsdiagnose (Institute 2002) – beim letztjährigen WSI-Konjunkturbe-

richt vorgeschlagen worden (Bartsch et al. 2002, S. 698 ff.).

Demnach sollte der Staat versuchen, seine Sparanstrengungen auf diejenigen Größen zu beschränken, die tatsächlich seiner Kontrolle unterliegen. Dies sind die nominalen Wachstumsraten der kon-

¹⁵ 2002 ist er allerdings schon wieder negativ – ein Indiz für das gegenwärtige energische antizyklische Gegensteuern der US-Fiskalpolitik in der Konjunkturkrise seit Ende 2000.

¹⁶ Der Betrachtungszeitraum wurde bis 2000 begrenzt, weil die Konsolidierungserfolge in den USA zu diesem Zeitpunkt ihren Höhepunkt erreicht hatten.

junkturunabhängigen Staatsausgaben (im Wesentlichen Staatskonsum und öffentliche Investitionen). Konjunkturabhängige Größen, wie etwa die Defizitquote oder die Steuerquote, entziehen sich dagegen der Kontrolle, da sie sich immer endogen aus dem Wirtschaftsablauf ergeben. Bezüglich der konjunkturunabhängigen Staatsausgaben sollte ein nicht zu überschreitender Wachstumspfad vorgegeben werden, der mittelfristig zu einer Konsolidierung führt, d.h. er sollte etwas unterhalb des trendmäßigen nominalen BIP-Wachstums angesetzt werden. Bei den gegenwärtigen Parameterkonstellationen erscheint ein Pfad von etwa 3 % angemessen. Die konjunkturabhängigen Ausgaben können dann je nach Konjunkturlage um diesen Ausgabenpfad variieren, d.h. die automatischen Stabilisatoren können wirken. Dadurch wird eine zu restriktive Ausgabenentwicklung in der gegenwärtigen Konjunkturkrise vermieden und trotzdem mittelfristig eine Konsolidierung gewährleistet.

Um die öffentlichen Investitionen, die bisher unter der verfehlten Konsolidierungspolitik am stärksten gelitten haben, wieder zu stärken, sollte der Ausgabenpfad sie zumindest für eine Übergangszeit von einigen Jahren ausklammern. In dieser Zeit sollten die öffentlichen Investitionen schrittweise auf das Durchschnittsniveau der EWU von etwa 2,5 % angehoben werden. Danach können sie ebenfalls jährlich dem Ausgabenpfad von 3 % unterliegen. Hat man das angestrebte Konsolidierungsziel (Stabilisierung oder Senkung der Schuldenstandsquote) erreicht, sollte der Ausgabenpfad erhöht und dem Trendwachstum des nominalen BIP angepasst werden.

Bei der vorgeschlagenen Strategie kann weder ein genauer Zeitpunkt für das Erreichen eines bestimmten Defizitzieles angegeben noch garantiert werden, dass ein vorgegebener Defizitpfad immer genau eingehalten wird, da dies von der konjunkturellen Entwicklung abhängig ist. Mittelfristig wird es jedoch im Zuge wachstumsbedingt überproportional steigender Einnahmen wie in den USA zu einer Konsolidierung kommen. Allerdings konfligiert diese Strategie mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner gegenwärtigen Ausprägung. Sie böte sich jedoch als Grundlage für die ohnehin notwendige Reform des Paktes an.

5.2 ALTERNATIVE 2: SOLIDARISCHE KONSOLIDIERUNG DURCH STEUERERHÖHUNGEN

Wenn man nicht bereit ist, die mit der Konsolidierung über einen vorgegebenen Ausgabenpfad verbundenen vorübergehend höheren Budgetdefizite und die damit einhergehenden Probleme und Konflikte auf EU-Ebene in Kauf zu nehmen, kommt als national und in Übereinstimmung mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt durchführbare und einigermaßen nachfrageschonende Strategie nur die Konsolidierung über gezielte Steuererhöhungen in Frage. Zwar wird dadurch *ceteris paribus* die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geschwächt, denn höhere Steuern entziehen den privaten Haushalten Kaufkraft und schwächen so effektive Nachfrage, Wachstum und Beschäftigung. Allerdings erweist sich eine Konsolidierung über Steuererhöhungen im Vergleich zu staatlichen Ausgabenkürzungen – vor allem, wenn diese wie in der Vergangenheit die öffentlichen Investitionen und die sozial Schwachen besonders betreffen – als nachfrageschonender, da bei den privaten Haushalten auch Einkommensbestandteile besteuert werden, die diese gespart und nicht konsumtiv verwendet hätten.¹⁷ Die gesamtwirtschaftlich negativen Effekte von Steuererhöhungen lassen sich noch wesentlich mindern, wenn sie Haushalte mit hohem Einkommen/Vermögen und daher hoher Spar- und geringer Konsumquote überproportional belasten. Da die Konsolidierungslasten auf diese Weise gleichzeitig nach der Leistungsfähigkeit verteilt würden, könnte man von einer solidarischen Konsolidierung sprechen.

Die Steuerfinanzierung muss sich nicht auf die Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsausgaben beschränken, sie kann sogar zur Ausweitung der Staatsausgaben verwendet werden, und dabei – auch, wenn dies zunächst paradox erscheinen mag – trotzdem zu einer Konsolidierung des Staatshaushalts führen. Wenn der Staat einen Anstieg seiner Ausgaben vollständig über Steuern finanziert, dann weist der Multiplikator gemäß dem *Haavelmo-Theorem*¹⁸ einen Wert von 1 auf, d.h. das Sozialprodukt erhöht sich genau um den Anstieg der Staatsausgaben. Dieser positive Wachstumseffekt kommt zustande, weil der Staat seine zusätzlichen Steuereinnahmen voll verausgabt, während die Steuerzahler ihre Konsumausgaben nur gemäß der margina-

len Konsumneigung kürzen. Oder anders ausgedrückt: Die Haushalte bestreiten die zusätzlichen Steuern zum Teil durch einen verminderten Konsum und zum Teil durch ein vermindertes Sparen, derweil die öffentliche Hand ihre gestiegenen Einnahmen voll ausgibt. Der Produktionsanstieg gemäß dem *Haavelmo-Theorem* geht mit einer Zunahme der Beschäftigung und folglich mit zusätzlichen Steuereinnahmen und geringeren Sozialausgaben einher, d.h. ein bestehendes Budgetdefizit wird kleiner.

Konkret kämen im Rahmen einer solchen solidarischen Konsolidierung folgende Steuererhöhungsmöglichkeiten in Frage: Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und/oder eine Erhöhung der Erbschaft-/Schenkungsteuer, eine Stärkung der Effektivität der Kapitaleinkommensbesteuerung; möglicherweise auch ein Verzicht auf die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer innerhalb der beiden noch ausstehenden Reformstufen der Steuerreform 2000 in den Jahren 2004 und 2005. Das dabei erzielte Aufkommen könnte dann teilweise zur unmittelbaren Konsolidierung, teilweise aber auch zur indirekten Konsolidierung über die Finanzierung einer dauerhaften Erhöhung der öffentlichen Investitionsquote eingesetzt werden.

Es wäre natürlich auch eine Kombination der solidarischen Konsolidierung mit der Konsolidierung über einen Ausgabenpfad denkbar. So könnte bei Gültigkeit des Ausgabenpfades die anzustrebende Erhöhung der öffentlichen Investitionsquote über die genannten Steuererhöhungen finanziert werden.

6 Fazit

Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik gerade im internationalen Vergleich kaum zu Dra-

¹⁷ In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Finanzminister *Eichel* die Einkommensteuer-senkungen auch mit einer Belebung von Konsum und Binnennachfrage begründet, die Nachfrageeffekte seines Konsolidierungskurses aber nicht berücksichtigt (BMF 2000).

¹⁸ Vgl. zum *Haavelmo-Theorem* z.B. *Heine/Herr* (1999, S. 511 f.) und *Spahn* (1996, S. 69 f.).

omatisierungen Anlass gibt. Zwar gibt es plausible Gründe dafür, die Staatsverschuldung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen und die Schuldenstandsquote mittel- bis langfristig zumindest zu stabilisieren. Allerdings muss die Fiskalpolitik grundsätzlich darauf achten, nicht prozyklisch zu agieren, um die eigenen Konsolidierungs-

bemühungen nicht zunichte zu machen. Gerade Letzteres ist in der Bundesrepublik aber in den 1990er Jahren erfolgt. Die Bundesregierung ist mit ihrer Sparpolitik gegenwärtig dabei, die Fehler der zurückliegenden Dekade zu wiederholen. Stattdessen sind angesichts der aktuellen Konjunktursituation zusätzliche defizit- und/oder

steuerfinanzierte staatliche Ausgaben dringend angeraten, um die Binnennachfrage zu stärken und das mögliche Abgleiten in eine Deflation mit ihren desaströsen Folgen – einer steigenden Realschuld und Kaufzurückhaltung bei den privaten Haushalten und den Unternehmen – zu verhindern.

LITERATUR

- Bartsch, K. et al.** (1999): Bündnis für Arbeit in schwierigem Fahrwasser – Gesamtwirtschaftliche Entwicklung, finanzpolitische Fehlentscheidungen und Alternativen, in: WSI Mitteilungen 12, S. 805–825
- Bartsch, K. et al.** (2002): WSI Konjunkturbericht 2002: Makroökonomische Verantwortung wahrnehmen!, in: WSI Mitteilungen 12, S. 691–705
- Beirat** [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen] (2001): Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte, Schriftenreihe des BMF 71
- Blanchard, O.** (2003): *Macroeconomics*, 3rd ed., Prentice Hall International, London et al.
- Boss, A./Scheide, J.** (2002): Budgetausgleich in Deutschland im Jahr 2004, in: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft, http://www.uni-kiel.de/ifw/pub/kkb/2002/kkb19_02.htm
- BMF** [Bundesministerium der Finanzen] (2000): Finanzpolitische Leitplanken, <http://www.bundesfinanzministerium.de/finwiber/index.html>
- Eicker-Wolf, K. u.a.** (Hrsg.) (2002): „Deutschland auf den Weg gebracht.“, Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg
- EU-Kommission** (2001): *Europäische Wirtschaft*, 72, Luxemburg
- EZB** [Europäische Zentralbank] (2001): Die Geldpolitik der EZB
- Felderer, B./Homburg, S.** (2003): *Makroökonomik und Neue Makroökonomik*, 8. Aufl., Berlin u.a.
- Gandenberger, O.** (1981): Theorie der öffentlichen Verschuldung, in: Neumark, F. (Hrsg.), *Handbuch der Finanzwissenschaft*, 3. Aufl., Tübingen, S. 4–49
- Hein, E./Mülhaupt, B./Truger, A.** (2001): WSI-Standortbericht 2001: Eine makroökonomische Perspektive, in: WSI Mitteilungen 6, S. 351–358
- Hein, E./Mülhaupt, B./Truger, A.** (2002): WSI-Standortbericht 2002: „Schlusslicht Deutschland“ – eine makroökonomische Interpretation, in: WSI Mitteilungen 6, S. 307–318
- Hein, E./Truger, A.** (Hrsg.) (2002): *Moderne Wirtschaftspolitik = Koordinierte Makropolitik, Argumente aus den WSI Mitteilungen*, Marburg
- Heine, M./Herr, H.** (1999): *Volkswirtschaftslehre*, München/Wien
- Hickel, R./Priewe, J.** (1989): *Finanzpolitik für Arbeit und Umwelt*, Köln
- Horn, G.A./Scheremet, W.** (1999): Erfolgreiche Konsolidierung des amerikanischen Staatshaushalts – ein Beispiel für Europa?, in: DIW-Wochenbericht 12
- Institute** (2002): Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002, in: DIW Wochenbericht 43, S. 703–757
- Institute** (2003): Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, in: DIW Wochenbericht 16, S. 227–275
- Kromphardt, J.** (1998): *Inflation und Arbeitslosigkeit*, 2. Aufl., Göttingen
- Leibfritz, W. et al.** (2001): Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Zwischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und wirtschafts- und finanzpolitischem Handlungsbedarf, Gutachten des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Berlin
- Marterbauer, M./Walterskirchen, E.** (1999): Keynesianische oder neoklassische Effekte der Budgetkonsolidierungspolitik in Europa zwischen 1995 und 1997?, in: Heise, A. (Hrsg.), *Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*, Marburg, S. 59–77
- Oberhauser, A.** (1985): Das Schuldenparadoxon, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 200/4
- OECD** (2002): *OECD Economic Outlook 72/2002* on CD-Rom, Paris
- Priewe, J.** (2001): Vom Defizit zum Überschuss, in: Heise, A. (Hrsg.), *USA – Modellfall der New Economy*, Marburg
- Priewe, J.** (2002): Fiskalpolitik in einem makroökonomischen Wachstums- und Beschäftigungskonzept, in: Truger, A./Welzmüller, R. (Hrsg.), *Chancen der Währungsunion nutzen – koordinierte Politik für Beschäftigung und moderne Infrastruktur*, Düsseldorf, S. 75–104
- Scherf, W.** (1985): Budgetmultiplikatoren, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 200/4
- Spahn, H.-P.** (1996): *Makroökonomie*, Berlin u.a.
- Stützel, W.** (1978): Ober- und Untergrenzen der öffentlichen Verschuldung, in: *Kredit und Kapital*, 11. Jg.
- Sutter, M.** (2000): Der Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Europäischen Währungsunion, Baden-Baden
- SVR** (1997): Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 13/9690
- Truger, A./Hein, E.** (2002): Schlusslicht Deutschland: Makroökonomische Ursachen, in: *Wirtschaftsdienst* VII, S. 402–410.